



Der Tod auf Rezept

Liebe Leserin, lieber Leser

„Menschen sollten an der Hand eines anderen Menschen, nicht durch die Hand eines anderen Menschen sterben“, schrieb kürzlich Franz Kardinal König in einem Brief an den Österreich-Konvent. Der Alt-Erzbischof von Wien schlägt darin die Aufnahme eines Verbots der Euthanasie in die österreichische Verfassung vor. Ein solches Verbot könne, so der Kardinal weiter, eine positive Signalwirkung für ganz Europa entfalten. Sind wir in Europa tatsächlich so weit, dass wir Selbstverständliches schriftlich fixieren müssen, um uns später darauf berufen zu können?

„Menschen sollten an der Hand eines anderen Menschen, nicht durch die Hand eines anderen Menschen sterben.“ Die Realität sieht leider oftmals anders aus. Allein in den Niederlanden sterben Jahr für Jahr absichtlich rund 4.000 Menschen durch die Hand eines Arztes. Rund 25 Prozent der Opfer haben nie danach verlangt. Das zeigt: Für jeden Vierten bringt die Legalisierung der „Tötung auf Verlangen“ nicht die behauptete „Autonomie des Patienten“, sondern das genaue Gegenteil: Fremdbestimmung mit tödlichem Ausgang. Man braucht nicht erst Begriffe wie „Menschenwürde“ oder gar die „Gottes Ebenbildlichkeit des Menschen“ bemühen, um Gründe gegen den „Tod auf Rezept“ zu sammeln. Die reichen Erfahrungen, welche Niederländer, Belgier und Schweizer gemacht haben, und über die Matthias Lochner in dieser Ausgabe des LebensForum (S. 8ff) berichtet, reichen dazu völlig aus.

„Menschen sollten an der Hand eines anderen Menschen, nicht durch die Hand eines anderen Menschen sterben.“ Auch in Ländern wie Deutschland und in Frankreich sehen dies wieder mehr Menschen anders. Unterstützung finden sie gegenwärtig im Europarat, wo der Schweizer Dick Marty eine Debatte über eine europaweite Legalisierung der Euthanasie losgetreten hat. Der EU-Korrespondent Stephan Baier hat Marty auf die Finger geschaut und dessen Argumente für das

LebensForum einer gründlichen Analyse unterzogen. (S. 4ff).

Besonders häufig durch die Hand eines anderen sterben jedoch nach wie vor Menschen im Mutterleib. Geht es nach der Abtreibungslobby, dann soll die vorgeburtliche Kindstötung zu einem „Menschenrecht“ stilisiert werden. Wie unsere Gegner dies zu erreichen suchen und welche Strategien sie entwickeln, das deckt Andreas Reimann eindrucksvoll in diesem Heft auf (S. 12ff).

In Deutschland wollen Abtreibungslobbyisten wie „Pro familia“ die rezeptfreie Abgabe der „Pille danach“ durchsetzen. Ende vergangenen Jahres haben sie dazu eine großangelegte Kampagne gestartet – unterstützt von der „Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung“ (BZgA) in Köln (LebensForum Nr. 68, S. 20ff). In dieser Ausgabe listet nun Walter Schrader die gravierenden gesellschaftlichen Versäumnisse auf, die dazu geführt haben, dass der Ruf nach der „Pille danach“ derart laut werden konnte. In seinem Essay „Pille danach – Versäumnisse davor“ (S. 21ff), dessen Lektüre vor allem Eltern empfohlen werden kann, fordert der Autor nicht weniger als den Stopp der „Sexualisierung der Gesellschaft“.

Herausgeber und Redaktion sind sich durchaus bewusst, dass die hier versammelten Berichte manchen mutlos zurücklassen könnten. Das gilt auch für den Bericht von Stefan Rehder über das jüngste Experiment südkoreanischer Klonforscher (S. 16ff). Denn kann man sich etwas Diabolischeres vorstellen, als die Zeugung von 30 Menschen, um sie kurz darauf zu töten, nur weil man an ihre Stammzellen zu einer patentierbaren Linie etablieren will? Andererseits würde es weder uns, noch den Menschen, deren Recht auf Leben ignoriert wird, weiterhelfen, wenn wir vor der Realität die Augen verschließen. Nur wer weiß, was der Korrektur bedarf, kann Lösungen erarbeiten, die Missstände beheben helfen.

In diesem Sinne verdient auch der Beitrag von Bernward Büchner besondere Erwähnung. Der Vorsitzende der Juristenvereinigung-Lebensrecht (JVL) berichtet in dieser Ausgabe (S. 19f) über eine Tagung der Katholischen Akademie in Freiburg. Unter dem Titel „Bilder des Unsichtbaren – Die Darstellung des Embryos in Geschichte und Gegenwart“ wurden dort Positionen vertreten und Forderungen erhoben, die weder mit dem Schutz des Lebens ungeborener Kinder, noch mit der Lehre der katholischen Kirche vereinbar sind.

„Menschen sollten an der Hand eines anderen Menschen, nicht durch die Hand eines anderen Menschen sterben.“ Gerade jetzt – in der Fastenzeit – bemühen sich die Christen unter uns um Korrekturen in ihrem eigenen Leben. Tatsächlich scheint es notwendig zu sein, dass wir uns von Zeit zu Zeit neu auf Gott ausrichten und von ihm aus unser Leben und unsere Beziehungen zueinander neu ordnen. Was für den einzelnen gilt, gilt auch für Gesellschaft als ganzes.

Lassen wir uns nicht entmutigen. Gehen wir mit neuem Schwung an die Arbeit. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass der Satz des Kardinals wieder Selbstverständlichkeit erlangt: „Menschen sollten an der Hand eines anderen Menschen, nicht durch die Hand eines anderen Menschen sterben.“ Dann wird auch unser Titelbild – noch pure Fiktion – nicht Wirklichkeit werden.

Ihre

*Claudia Kaminski
Bundesvorsitzende der ALfA und
des Bundesverbandes Lebensrecht*